

Religion, Kirche und Zivilgesellschaft: Eine persönliche Sicht aus Ostdeutschland

Hunderte frierende Menschen in überfüllten Kirchen, auf harten Kirchenbänken oder Altarstufen sitzend mit Kerzen in nicht nur vor Kälte zitternden Händen. Diese Bilder aus Ostdeutschland gingen im Herbst 1989 um die Welt. Menschen, die in Leipzig und Anklam, Dresden und Greifswald gemeinsam „Dona nobis pacem“ sangen und ihre Kerzen an denen der Altäre anzündeten, bevor sie die dunklen Straßen der DDR mit den Rufen: „Keine Gewalt“ und „Wir sind das Volk“ erfüllten.

In den Kirchen trafen sich die Menschen zu Friedensgebeten und zu Gesprächen. Der schützende Raum der Kirchen ließ die Ängste kleiner und die Hoffnungen größer werden. Diese Fürbittgottesdienste waren eine Form von Protest, mit dem deutlich gemacht wurde, dass einerseits das biblische Wort Zuspruch und Anspruch auf das ganze Leben ist und andererseits dieser Anspruch und Zuspruch sich nicht von der gesellschaftlichen Wirklichkeit trennen lässt. Wir haben erlebt, wie Beten und Singen ein Land verändert.

Könnte es nicht sein, dass gerade dieser Raum, diese Zeit in den Kirchen mit dazu beigetragen hat, dass die Revolution eine friedliche war? Könnte es nicht sein, dass das Beten und Singen, das Schweigen und Hören die Menschen erreicht hat, obwohl viele von ihnen keine Christen waren? Könnte es nicht sein, dass der Geist, die Intentionen der Fürbittandachten mit auf die Straßen – dort wo der kalte Wind der Staatsmacht wehte – hinausgetragen wurde? Dort, wo die Polizei und die Stasi mit massiver Präsenz versuchten, etwas zu retten, was längst nicht mehr zu retten war?

Das, was damals auf den Straßen passierte, ist für mich ein Wunder.

Denn wann ist uns Deutschen je eine Revolution gelungen – ohne Blutvergießen, ohne Krieg und Sieg und Demütigung anderer Menschen und Völker?

Es ist ein Wunder biblischen Ausmaßes, sagt die Theologin in mir.

Es war das multifaktorielle Zusammenspiel von außen- und innenpolitischen Konstellationen, sagt die Politikwissenschaftlerin in mir. Es stimmt beides, sagt die Erfahrung in mir. Und dass in jenen Monaten im Herbst 1989 tatsächlich nicht nur die politischen Kausalitäten wirkten, ist keine

nachträgliche fromme Interpretation der Ereignisse, mit der sich die Kirche eine besondere Rolle während des Herbstes 1989 zuschreiben möchte. Dazu möchte ich einen Zeugen zitieren, der über jeglichem Verdacht steht, der Kirche irgendwie nahe zu stehen oder ihre Rolle aus eigenem Interesse über zu bewerten, also tatsächlich einen unbestechlichen Zeugen: Horst Sindermann, hoher SED-Funktionär und Mitglied im Zentralkomitee der SED, hat gesagt: „Auf alles waren wir vorbereitet nur nicht auf Kerzen und Gebete.“

Der Bischof der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Gottfried Forck, wurde 1989 bei einem Besuch in Westberlin gefragt, ob denn die Fürbittandachten in Ostdeutschland wirkliche Gottesdienste oder Andachten seien, da doch mindestens 90 Prozent der Besucher Leute seien, die gar nichts Geistliches im Sinn hätten, sondern sich nur politisch versammeln wollten. Forck fragte zurück: „Waren Sie schon einmal auf einer solchen Fürbitt-Andacht? Für 25 Mark an der Grenze könnten Sie eine miterleben.“

Und Forck betonte weiter, „daß die Fürbittandachten ein wichtiger und bedeutsamer Dienst der Kirche seien, und nicht nur ein Dienst am Rande“.¹

Ja, was denn auch sonst? Was ist denn die Aufgabe der Kirche, der Christen, als zu beten und zu segnen und dies eben gerade nicht im Verborgenen zu tun. Das war es ja gerade, was den Staat so ärgerte. Die Kirche tat ihre ureigenste Sache nicht im Verborgenen. Und so forderte die SED: „Es ist höchste Zeit, unverzüglich dafür zu sorgen und zu garantieren, daß überall Kirche wieder Kirche wird.“² Aber da hat die Partei irgendetwas nicht begriffen. Denn immer, wenn die Kirche ernsthaft Kirche ist, ihren Auftrag ernst nimmt, wird es hoch politisch sein.

Die Fürbittgottesdienste waren also eine Form von Protest, indem deutlich gemacht wurde, dass einerseits das biblische Wort, Zuspruch und Anspruch auf das ganze Leben ist und andererseits dieser Anspruch und Zuspruch sich nicht von der gesellschaftlichen Wirklichkeit trennen lässt.

Natürlich waren die meisten Besucher bei den Fürbittandachten keine Christen, gehörten doch 1989 nur noch etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung der evangelischen Kirche an. 1949, im Gründungsjahr der DDR waren es noch etwa 80 Prozent.

¹ *Manfred Kliem/Klaus Roeber/Malte Wiedemeyer*: Glauben ist Ermutigung zum Handeln. Altbischof Gottfried Forck im Gespräch. Rothenburg 1996, 100; siehe auch epd-Dokumentation 43 (1988), 60.

² SED-Politbüromitglied Werner Jarowsky gegenüber dem Thüringer Landesbischof Werner Leich am 19.02.1988; in: epd-Dokumentation 43 (1988), 60.

Ursachen für diesen massiven Rückgang waren u. a. die aggressive Politik des Staates gegen Christen und Kirchen und die systematische Ausgrenzung, Stigmatisierung und Unterdrückung von Religion. Dies hatte eine Jahrzehnte andauernde tiefgreifende Minorisierung zur Folge. Diese Minorisierung der evangelischen Kirchen in der DDR wurde u. a. deutlich an der Zahl der Kirchenaustritte, dem ständig abnehmenden Besuch der Christenlehre und des Konfirmandenunterrichtes und dem Rückgang von Taufen, Trauungen und Beerdigungen.

Dazu kam die Marginalisierung der Kirche. Marginalisierung umschreibt die Existenz in der Nische, zu der die Kirchen aufgrund des ideologischen Staatsverständnisses der DDR gezwungen waren. Es wurde aus der Randexistenz heraus versucht, sich zur Zukunft der ganzen Gesellschaft zu Wort zu melden und so die Nischenexistenz aufzubrechen. Die Stichworte, die im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR hierzu entwickelt wurden, hießen: „Kritische Solidarität“ oder „Zwischen Anpassung und Verweigerung“.

Nach der friedlichen Revolution 1989 wurden den evangelischen Kirchen in Ostdeutschland weitreichende Entscheidungen abverlangt, die unter einem erheblichen Zeitdruck getroffen werden mussten. Sie betrafen:

- Einführung des Religionsunterrichtes
- Umstellung des Kirchensteuersystems
- Eine Angleichung des Rechtssystems mit einer Fülle neuer Verordnungen und Gesetze
- Die Übernahme großer Arbeitsfelder im diakonischen Bereich, oft in Konkurrenz zu den anderen Wohlfahrtsverbänden
- Aufbau einer eigenverantwortlichen Soldatenseelsorge
- Die Einführung neuer Beratungs-Seelsorgedienste für Problemfelder der Gesellschaft (Polizei, Grenze usw.)
- Aufbau einer veränderten Verwaltung und Rechnungsführung

Für all diese Arbeitsfelder standen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Strukturen, Regelungen und Erfahrungen zur Verfügung, die sich in beinahe fünfzig Jahren entwickelt und bewährt hatten. Es lag nahe, sie für die ostdeutschen evangelischen Kirchen zu übernehmen. Diese Strukturen trugen allerdings der Minderheitensituation der Kirchen im Osten nicht Rechnung. Die ostdeutschen Landeskirchen hatten sich kurzfristig neuen staatskirchenrechtlichen und finanzpolitischen Sachzwängen anzupassen. Dabei kam es bei der Wiederherstellung der kirchlichen Gemeinschaft zwischen Ost und West zu unerwarteten Reibungsverlusten und Entfremdungserscheinungen.

Die Diskrepanzen bei der beabsichtigten Angleichung der kirchlichen Verhältnisse zeigten sich darin, dass zwar einerseits die Übereinstimmung im gemeinsamen reformatorischen Erbe als ausreichend betrachtet werden konnte. In der Frage der Kirchengestalt jedoch bot sich andererseits lediglich das westdeutsche, über Jahrzehnte bewährte volkkirchliche Modell an. Eine eigene spezifisch ostdeutsche Kirchengestalt war nicht zu realisieren.

Der ehemalige Präses der Rheinischen Kirche, Peter Beier, beschreibt in seinem Buch „Am Morgen der Freiheit“ das deutsch-deutsche Verhältnis nach der friedlichen Revolution folgendermaßen:

„Am Morgen der Freiheit begegneten wir uns auf der Mitte der Brücke [...] und kannten uns nicht wieder. Wichtige Fragen wurden mit übereilten Antworten abgefertigt. Statt eine Weile zu schweigen, wie es Beschenke tun, denen ein Glück zufiel, das konkreter Hoffnung und politischem Willen längst entzogen schien, redeten wir hektisch aufeinander ein. [...] Wir sagten Staat und unterschätzten das Gewicht, das nach vierzig Jahren Teilung das Wort verformte.

Wir sagten Kirche und nahmen nur mürrisch zur Kenntnis, dass wir sehr unterschiedliche Wege zu gehen gezwungen waren, die die Kirchengestalten im Wesen veränderten.“³

Hatten manche gehofft, dass nach der Wende die Menschen in Massen wieder in die Kirchen eintreten würden, wurde diese Hoffnung enttäuscht. Die gesellschaftlichen, kulturellen und kirchlichen Veränderungen seit dem Ende der DDR und der Wiedervereinigung Deutschlands haben in Ostdeutschland nicht zu einem Nachwachsen flächendeckender Kirchlichkeit geführt. Vielmehr stellt sich ein weit verbreitetes religionsloses Selbstverständnis der Menschen als normal dar.

Die Minderheitensituation änderte sich nach 1990 somit nicht, sondern trat noch deutlicher hervor, so dass die Zeitung „Die Welt“ 2012 titelte: „Nirgends auf der Welt glauben so wenige Menschen an Gott wie in Ostdeutschland.“⁴ und „Ostdeutsche sind größte Gott-Zweifler der Welt.“⁵

³ Peter Beier: Am Morgen der Freiheit. Eine Streitschrift, Neukirchen 1995, 9f.

⁴ Matthias Kamann: Warum so wenige Ostdeutsche an einen Gott glauben; in: Die Welt, 19.04.2012, www.welt.de/politik/deutschland/article106205333/Warum-so-wenige-Ostdeutsche-an-einen-Gott-glauben.html (aufgerufen am 20.03.2017).

⁵ Zitiert in ebd. (KNA/ks).

Diese Überschriften werden durch Studien der Universität Chicago, die 2008 und 2012 den Gottesglauben vergleichend in 42 Ländern untersucht haben, belegt.⁶ Das Gebiet der DDR gehört somit zu den am stärksten entkirchlichten und religiös desozialisierten Regionen der Welt.

Zwar hat mit der gesellschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik die verordnete Marginalisierung der Kirche in Ostdeutschland ein Ende gefunden. Die Minorisierung ist jedoch geblieben. Also obwohl 1989 die Kirchen als Wegbereiter der friedlichen Revolution angesehen wurden, und viele Kirchenvertreter die Runden Tische sehr kompetent moderierten, führte dies nicht zu einer Kircheneintrittswelle.

Dazu kommt, dass nach 1989/90 die Menschen in Ostdeutschland durch umfangreiche gesellschaftliche Veränderungsprozesse anderes zu tun hatten, als ihr Verhältnis zur Religion zu klären. Offenbar hatten Religion und Kirche als sinn- und haltstiftende Räume ihre Bedeutung verloren. Die Einführung der Kirchensteuer führte zu einer weiteren Austrittswelle. Dazu wurde das Vertrauen in die Kirche durch Enthüllungen über kirchliche Stasi-Verstrickungen erschüttert.

Mit dem 1990 einsetzenden Institutionentransfer von West nach Ost wurde die Kirche trotz ihrer harschen Kritik an den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen auf einmal als westliche Institution wahrgenommen und nicht mehr als Vertreterin der Interessen der Bevölkerung. Gerade die Kirche, die in der deutschen Geschichte erstmals die Nähe zum Volk gesucht hatte und dem Staat so kritisch gegenübergestanden hatte wie keine Kirche in der deutschen Geschichte zuvor, wurde nun wieder als Herrschaftskirche und nicht als Kirche des Volkes wahrgenommen. Damit verlor sie jene Sympathien, die sie sich vorher durch ihr unangepasstes Verhalten erworben hatte.

Wir haben also heute die Situation, dass die evangelische Kirche in den neuen Bundesländern eine Minderheitskirche mit volkswirtschaftlichen Strukturen ist. Deutlich wurde dies im Jahr 2009 beim Berliner Volksentscheid über die Forderung nach Einführung eines konfessionellen Religionsunterrichts. Bei der Auswertung der Ergebnisse nach Bezirken zeigte sich eine klare Ost-West-Teilung Berlins, die exakt denen der Besatzungszonen bis

⁶ Vgl. dazu *Thomas Großbölting*: Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen 2013; *Tom W. Smith*: Beliefs about God across Time and Countries, Chicago 2012, www.norc.org/pdfs/beliefs_about_god_report.pdf (aufgerufen am 20.03.2017).

1990 entsprach. Während in jenen Teilen der Stadt, die bis zum Fall der Berliner Mauer zu den amerikanischen, englischen und französischen Sektoren gehörten, die Befürworter der Einführung eines konfessionellen Religionsunterrichtes mit über 60 Prozent überwogen, stimmte der Ostteil, d. h. das Gebiet, das unter sowjetischer Herrschaft stand, mit deutlicher Mehrheit gegen den Gesetzentwurf. Dieses Abstimmungsergebnis ist ein weiteres Indiz dafür, dass es immer noch erhebliche Unterschiede im Verständnis darüber gibt, welche Rolle die Kirche innerhalb der Gesellschaft einnehmen soll.

Als entscheidender Grund für den Mitgliederverlust gelten im Westen wie im Osten Deutschlands häufig die gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR. Allerdings betrifft der Erosionsprozess – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität – sowohl die östlichen als auch die westlichen Kirchen. Konfessionslosigkeit als Massenphänomen gibt es bereits seit Anfang des Jahrhunderts. Unter der Einwirkung des Nationalsozialismus hat sie erheblich zugenommen. Die ideologische Indoktrination der SED hat in 40 Jahren DDR zu einer weiteren Entkirchlichung in Ostdeutschland geführt.

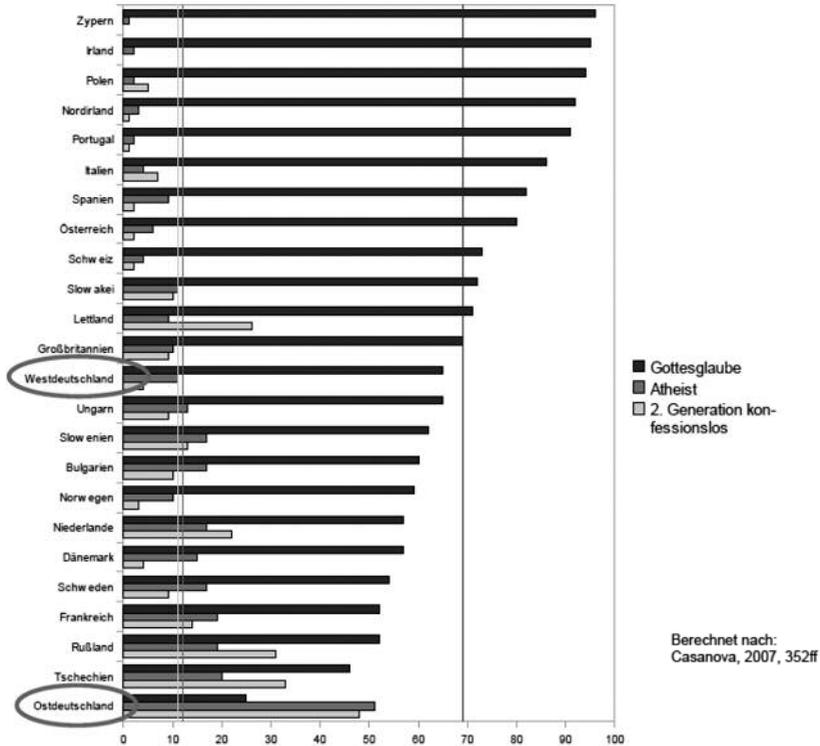
Während Konfessionslosigkeit ursprünglich eine in der eigenen Biografie begründete persönliche Entscheidung war, ist sie inzwischen über mehrere Generationen in den Familien zu einer selbstverständlichen, gewohnheitsmäßigen Einstellung geworden.

Deshalb stehen die Kirchen im Osten (und auch zunehmend im Westen) wahrscheinlich an einer Epochenwende ihrer Arbeit.

Für viele Menschen gilt: Kirche kommt in ihrem Leben nicht mehr vor, und sie vermissen sie auch nicht. Sie ist entbehrlich geworden. Der Gesellschaft in den östlichen Bundesländern ist die christliche Überlieferung auch in ihren kulturellen Ausprägungen weitgehend abhandengekommen. Weite Teile der Bevölkerung haben zur Kirche kein Verhältnis mehr. Von freundlicher Distanz über Gleichgültigkeit bis hin zu rigoroser Ablehnung spannt sich der Bogen eines „Nichtverhältnisses“.⁷

⁷ Aus der Fülle der Literatur vgl. *Oliver Markert/Peter Seifert*: DDR-Erbe: Das schwere Kreuz mit der Gottlosigkeit; in: www.focus.de/politik/deutschland/mitten-im-osten/kirche-in-ostdeutschland-ddr-erbe-das-schwere-kreuz-mit-der-gottlosigkeit_aid_836379.html (aufgerufen am 20.03.2017); *Kurt Nowak*: Historische Wurzeln der Entkirchlichung in der DDR; in: *Heinz Sahrer/Stefan Schwendtner* (Hg.): *Gesellschaften im Umbruch*. 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Halle 1995, 665–669; *Wolfgang Pittkowski*: *Ost-West-Deutsche Welten, Erkundungsgänge durch religiöse und religions-*

Interessanterweise ist in allen anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks der Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur mit einem Wiedererstarken von Religion und Kirche verbunden. Die einzigen Ausnahmen bilden Polen, wo die Kirchlichkeit ohnehin schon überdurchschnittlich hoch war, eventuell Tschechien und Ostdeutschland, wie die folgende Skizze zeigt:⁸



lose Landschaften, www.pittkowski.de/guestrow_web.pdf (aufgerufen am 20.03.2017); *Detlef Pollack*: Der Wandel der religiös-kirchlichen Lage in Ostdeutschland nach 1989. Ein Überblick; in: *ders./Gert Pickel* (Hg.): Religiöser und kirchlicher Wandel in Ostdeutschland 1989–1999, Opladen 2000; *Alan Posener*: Ostdeutschland – die ungläubigste Region der Welt; in: *Die Welt*, 31.03.2013, www.welt.de/politik/deutschland/article114889749/Ostdeutschland-die-unglaebigste-Region-der-Welt.html (aufgerufen am 20.03.2017).

⁸ *Pittkowski*, Ost-West-Deutsche Welten, 5, www.pittkowski.de/guestrow_web.pdf (aufgerufen am 20.03.2017).

Natürlich gibt es auch unter den Menschen in Ostdeutschland Wertvorstellungen, Suche nach Sinnstiftung, religiöse Bedürfnisse, Sehnsucht nach einem gelingenden Leben. Was die Kirche zu vermitteln hat, ist in Restbeständen durchaus noch im Bewusstsein verankert, aber die Kirche selber kommt dabei kaum noch in den Blick.

Die Kirche ist als Institution weithin nicht mehr gefragt. Christlicher Glaube hat seine Monopolstellung verloren. Er muss sich auf dem Markt der Sinnstifter als ein Angebot neben anderen behaupten.

Nach dem jahrzehntelangen Mitgliederverlust ist Konfessionslosigkeit ein Massenphänomen. Dazu kommt der Vertrauensverlust der gesellschaftlichen Institutionen, dessen Folgen auch die Kirche zu tragen hat. Angesichts der Entwicklung in Ostdeutschland halten manche die Landeskirchen nicht nur wegen ihrer staatsanalogen Struktur, sondern auch wegen der wachsenden Selbstständigkeit der Gemeinden für ein auslaufendes Modell. Aber nicht nur in Ostdeutschland wird ein Umdenken nötig sein, sondern auch auf europäischer Ebene.

Es hat sich gezeigt, dass die evangelischen Kirchen in Europa viel enger zusammenarbeiten müssen, wenn sie auf den politischen und gesellschaftlichen Ebenen Europas wahrgenommen werden wollen. Man braucht – um nur ein Beispiel zu nennen – im politischen Europa eine gemeinsame Adresse und aufeinander abgestimmte Strategien, denn niemand kann von den Politikern in Straßburg und Brüssel erwarten, dass sie bei kirchlichen Angelegenheiten bei jeder der über 100 evangelischen Kirchen Europas einzeln nachfragen. Hier müssen die Kräfte so koordiniert und gebündelt werden, dass die Europäer die Kirchen der Reformation wahrnehmen und erkennen können. Einzelne Landeskirchen werden da kaum etwas ausrichten können, obwohl die Beschlüsse in Brüssel und Straßburg sehr wohl auch Auswirkungen für sie und ihre Arbeit haben können. Ob die evangelische Stimme in Europa gehört wird, hängt wesentlich davon ab, wie die Stimme des Evangeliums in Europa gehört werden kann.

Marie Anne Subklew

(Dr. Marie Anne Subklew, Theologin und Politikwissenschaftlerin, ist Stellvertreterin der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.)